

# Soziales und Politik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen**

Band (Jahr): **103 (2009)**

Heft 12

PDF erstellt am: **08.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Parlamentarier machen Druck auf Phonak & Co.

Text: Daniel Friedli in Tages-Anzeiger vom 3. November 2009

Die Hörbehinderten erhalten eine neue Lobby. Eine Gruppe von Parlamentariern aller Parteien kämpft dafür, dass sie ihre Hörgeräte künftig günstiger erhalten.

Steigende Nachfrage, hohe Gewinne und Margen von bis zu 45 Prozent. Das Geschäft mit Hörgeräten floriert - zur Freude der Hersteller und Akustiker, die daran verdienen, und zum Aerger der IV und der Hörbehinderten, welche die Geräte bezahlen müssen. Nun bekommen Letztere Unterstützung aus der Politik. Unter Führung von SVP-Nationalrat Rudolf Joder (BE) wird demnächst eine neue Parlamentariergruppe „für Menschen mit Hörbehinderungen“ gegründet. Das Gremium, in dessen Vorstand neben Joder sechs National- und Ständeräte aus allen Bundesratsparteien sitzen, will sich künftig ganz allgemein als politisches Sprachrohr der Hörbehinderten in Szene setzen. Sein erstes Ziel: für günstigere Hörgeräte sorgen.

Dieses Ziel teilt auch das für die IV zuständige Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). Es hat darum für die 6. IV-Revision vorgeschlagen, die Hörgeräte künftig über eine Ausschreibung selber einzukaufen. Die Idee: Als Hauptabnehmer wäre es für den Bund einfacher, die Preise zu drücken. Doch der Vorschlag ist in der Vernehmlassung durchgefallen. Von links bis rechts wurde er als untauglicher Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit abgelehnt, sodass selbst Joder ihm keine Chancen mehr gibt. Es bleibt die Frage: Wie kann das BSV seine Sparziele anders erreichen.

### Direkt mit der Industrie verhandeln

Die Hörbehinderten fürchten, dass es nun sie treffen wird. „Es besteht die Gefahr, dass man die Pauschalen der Behinderten senkt“, sagt Erwin Gruber, Zentralsekretär des Hörbehindertenverbandes Pro Audito. Mithilfe der Parlamentariergruppe will er nun zum einen erreichen, dass die Hersteller gezwungen werden, eine grössere Zahl von Hörgeräten zu Preisen anzubieten, welche die IV auch vergütet. Zum anderen fordert er, dass der Bund für mehr Wettbewerb sorgt und so die Margen von Phonak und andere Produzenten drückt. „Diese

Margen sind viel zu hoch“, sagt auch Rudolf Joder.

Im BSV wird derzeit geprüft, wie man nach dem vernichtenden Echo aus der Vernehmlassung vorgehen will. Klar ist aber bereits, dass das Amt nicht lockerlassen will. Geprüft wird dem Vernehmen nach folgende Idee: Der Bund handelt die Tarifverträge nicht mehr primär mit den Akustikern aus, sondern direkt mit den Herstellern. So möchte man sie zu mehr Transparenz und tieferen Preisen zwingen.

## Nach der Krise fängt die Arbeit erst richtig an

Text: Aymo Brunetti, Leiter der Direktion Wirtschaftspolitik im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) in NZZ vom 28. Oktober 2009

Die Schweiz hat die Krise, trotz dem hohen Gewicht des Finanzsektors, bisher relativ gut überstanden. Was es indes noch zu meistern gilt, sind strukturelle Probleme, etwa die langfristige Finanzierung der Sozialwerke.

Wohl selten gab es eine so tiefgreifende Unsicherheit über die nahe wirtschaftliche Zukunft wie heute. Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass eine derartige Kombination aus globaler Finanz- und Wirtschaftskrise seit beinahe 80 Jahren nicht mehr vorgekommen ist. Vor diesem Hintergrund versuchen wir uns hier gar nicht erst in Prognosen über die unmittelbare Zukunft, sondern behandeln grundsätzlichere Punkte. Erstens stellt sich die Frage, warum die Schweiz bisher etwas weniger stark von der Krise getroffen wurde als andere Länder, was doch angesichts der überragenden Bedeutung der Finanzbranche eher überraschend ist. Zweitens betonen wir, dass es trotzdem keinen Anlass zur Selbstzufriedenheit gibt. Die kommenden Jahre bringen eine Reihe grosser Herausforderungen für die Schweizer Wirtschaftspolitik.

### Erstaunlich widerstandsfähig

Warum scheint die Schweiz die Krise bisher etwas besser bewältigt zu haben? 2009 dürfte mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um knapp 2 % wirtschaftlich das schlechteste Jahr der letzten drei Jahrzehnte sein. Der Schweizer Aus-

senhandel ist in gewissen Bereichen – wenn auch von sehr hohem Niveau aus – eingebrochen wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Arbeitslosigkeit wird angesichts des wohl anämischen Aufschwungs deutlich steigen und sich dann nur sehr langsam zurückbilden. Und trotzdem: Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern war der Einbruch zumindest bisher spürbar schwächer. Stark ist der Kontrast zum letzteren tieferen Einbruch der Schweizer Wirtschaft in den neunziger Jahren. Damals befand sich die Schweiz in zäher Rezession, während die Weltwirtschaft weiter wuchs. Im Gegensatz zu damals ist die heutige Rezession nicht hausgemacht, und die Schweiz scheint diesmal widerstandsfähiger zu sein als ihr Umfeld.

### Aus Erfahrung klug geworden

Neben der Tatsache, dass die Schweiz keine Immobilienblase zu bewältigen hatte, können verschiedenen auch wirtschaftspolitische Entwicklungen der letzten Jahre zur Erklärung für diese höhere Widerstandsfähigkeit beitragen:

- Die automatischen Stabilisatoren sind auch vor dem Hintergrund der schlechten Erfahrungen in den neunziger Jahren stark ausgebaut worden. Sowohl die Schuldenbremse als auch die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung wurden explizit so konstruiert, dass sie deutliche antizyklische Impulse setzen. Die Schuldenbremse gab einen Rahmen, innerhalb dessen es möglich war, mit drei Stabilisierungspaketen auf die aussergewöhnliche Schärfe des jüngsten Einbruchs zu reagieren, ohne sich strukturell verschulden zu müssen.
- Die Wachstumspolitik der letzten Jahre hat in verschiedenen Bereichen dazu beigetragen, dass das Trendwachstum gestärkt und damit die Widerstandsfähigkeit gegenüber konjunkturellen Schocks erhöht wurde. Ein wichtiges Beispiel ist hier die Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU, die den Arbeitsmarkt noch einmal flexibilisiert und damit wohl auch über eine Produktivitätsverbesserung zum dynamischen Wachstum im letzten Konjunkturaufschwung beigetragen hat.

- Auch die Diversifikation der Exporte, unter anderem basierend auf einem starken Netz von multilateralen und bilateralen Handelsabkommen, hat sicher geholfen, den ausserordentlichen, weltwirtschaftlichen Schock aufzufangen. Die Schweizer Exporte gehen vergleichsweise stark in die dynamischsten Länder der Weltwirtschaft. Und die Konzentration auf hochwertige Nischenprodukte half mit, den Einbruch insgesamt noch etwas zu begrenzen.
- Schliesslich sei auch festgehalten, dass die Geldpolitik sowie die raschen Stabilisierungsmassnahmen auf den Finanzmärkten schon sehr früh in dieser Krise gegriffen haben. Und der breit diversifizierte Schweizer Bankensektor half bei der Abfederung der zum Teil schweren Turbulenzen bei den Grossbanken.

Noch ist die Krise allerdings nicht ausgestanden, und besonders der rechtzeitige Ausstieg aus der stark expansiven Geldpolitik stellt die Notenbanken vor Herausforderungen, die kaum einen historischen Präzedenzfall kennen. Über kurzfristige Krisenbewältigungen hinaus zeichnet sich zudem schon heute ab, dass in den kommenden Jahren eine Reihe grosser Herausforderungen auf uns zukommen, die baldige wirtschaftspolitische Weichenstellungen erfordern. Zu nennen sind vier Problemfelder, die so wichtig sind, dass es bei jedem wohl um mehrere Prozentpunkte des künftigen BIP der Schweiz geht:

### Richtig regulieren

Erstens stellt sich, mit der Krise unmittelbar zusammenhängend, die drängende Frage nach der richtigen Regulierung der Finanzmärkte. Niemand wird wohl ernsthaft bestreiten, dass die jüngsten Ereignisse eine Anpassung des regulatorischen Umfelds erforderlich machen. Für die Schweiz besonders drängend ist dabei die Frage, wie man mit der Defacto-Staatsgarantie der Grossbanken zurechtkommt. Die Lösung dieser „Too-big-to-fail“-Problematik sollte international gut eingebettet und so gestaltet sein, dass ein vernünftiges Kosten-Nutzen-Verhältnis gewährleistet ist.

### Ungewisse AHV-Finanzierung

Zweitens ist die langfristige Finanzierung der Sozialwerke, namentlich der AHV, bei realistischen Annahmen über die langfristige Wirtschaftsentwicklung nicht gesichert. Diese Entwicklung droht mit der Zeit

die anderen Teile der Staatsausgaben zunehmend zu bedrängen, was einen starken Druck zu wachstumspolitisch problematischen Steuererhöhungen aufbauen dürfte. Ein Ansatzpunkt könnte die da und dort schon diskutierte Einführung eines Mechanismus ähnlich der Schuldenbremse für die wichtigsten Sozialversicherungen sein.

### Offenheit und Gesundheit

Drittens dürfte die Sicherung des internationalen Marktzugangs vor allem für Dienstleistungen in den kommenden Jahren zu einem immer wichtigeren Thema werden. Vor allem – aber nicht nur – der Export von Finanzdienstleistungen könnte angesichts jüngster Entwicklungen etwa in der EU vor grössere Probleme gestellt werden.

Viertens haben die jüngsten Prämiensteigerungen gezeigt, dass das Problem der Kostenexplosion im Gesundheitswesen nach wie vor einer griffigen Lösung harret. Der bereits hohe Anteil dieses Sektors am BIP dürfte weiter steigen, womit sich die Frage nach der Effizienz der Regulierungen mit Nachdruck stellt. Die an sich bekannten Reformvorschläge hatten bisher politisch einen äusserst schweren Stand.

### Ausruhen wäre gefährlich

Der Wirtschaftsstandort Schweiz hat sich in den letzten Jahren in verschiedener Hinsicht erfreulich entwickelt. Das zeigt der Spitzenplatz in den Ranglisten der Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie die bisherige Bewältigung der Krise. Allerdings gilt es, in der nahen Zukunft eine Reihe von langfristigen Problemen anzugehen. Zu selbstzufriedenem Zurücklehnen gibt es keinen Anlass.

## Finanzielle Anreize in der Sozialhilfe werden willkürlich ausbezahlt

Text: Markus Hofmann in Neue Zürcher Zeitung vom 23. September 2009

Die Sozialhilfe arbeitet seit ein paar Jahren verstärkt mit finanziellen Anreizen. Doch das neue System scheint nicht zu funktionieren. Die Willkür nimmt zu.

Die Sozialhilfe versteht sich nicht als reine Fürsorge. Ihre Aufgabe besteht in zunehmender Masse auch in der Integration von Menschen, die auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind. Zudem besteht der politische Wille, dass Beiträge der Sozialhilfe, wenn immer möglich, nicht „umsonst“ fliessen sollten. Von den Bezüglern wird eine Integrationsleistung verlangt, die entsprechend vergolten wird. Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), nach denen sich die meisten Kantone richten, wurden daher im Jahre 2005 revidiert. Man führte finanzielle Anreize ein, um die Sozialhilfebezüger vermehrt um Arbeitssuche zu bewegen. Wer arbeitet, erhält einen „Einkommensfreibetrag“, und wer sich anderweitig bemüht, eine Integrationszulage für Nichterwerbstätige. Die neuen SKOS-Richtlinien wurden begrüsst. Nun zeigen sich aber in der Praxis massive Mängel. Statt Gerechtigkeit wird neue Ungerechtigkeit geschaffen.

### Nicht nachvollziehbar

Die SKOS hat intern eine Umfrage bei 20 Sozialdiensten durchgeführt, um herauszufinden, wie sich das neue System in den Gemeinden bewährt. Die Untersuchung fällt ein äusserst kritisches Urteil: „Dass die Zulagen wirklich als Anreizelemente funktionieren, muss zumindest bezweifelt werden“, schreibt die ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin Nathalie Pfister in ihrer für die SKOS verfassten Studie.

Als eines der Hauptprobleme bezeichnet Pfister die Ungleichbehandlung der Sozialhilfebezüger: „Gleiche Integrationsleistungen in der gleichen Situation werden je nach fallführender Person und kantonalen Vorschriften unterschiedlich honoriert.“ Die Ungleichheiten seien nicht nur zwischen den Kantonen, sondern gar innerhalb desselben Sozialdienstes zu verzeichnen. Die grossen Unterschiede seien „nicht nachvollziehbar“. Quelle der ungleichen Behandlung sei die „Haltung“ der Sozialarbeiter oder der Behörden, die für die Fälle zuständig sind.

Eigentlich strebt die SKOS mit ihren Richtlinien eine Vereinheitlichung der Sozialhilfepraxis an. Nun scheint aber die Willkür zugenommen zu haben. Zwar lassen die revidierten Richtlinien den Kantonen bei der Bemessung der Zulagen durchaus einen gewissen Gestaltungsraum. Mit nicht zu eng gesteckten Grenzen soll die Bereitschaft der Kantone erhöht werden, die Richtlinien ins eigene Recht aufzunehmen.

## Behinderte irritiert

Die schulische Integration von Kindern mit Behinderungen soll besser betreut und vereinheitlicht werden. Dies fordern die Behindertenorganisationen Pro Infirmis, Procap und Insieme. Je mehr die schulische Integration behinderter Kinder Fortschritte mache, desto mehr Informationsbedarf bestehe, hielten die drei Organisationen fest. „Schlechte Integrationsbeispiele, falsche Vorstellungen und ungenügende Informationen haben zu einer grossen Verunsicherung geführt“, erklärte Walter Bernet, Zentralpräsident von Insieme Schweiz. Auch Procap stellt einen zunehmenden Beratungsbedarf von Eltern fest. Einfach Standardlösungen zu präsentieren, sei aber fast nicht möglich, da die schulische Integration Sache der einzelnen Kantone sei.

## Geschmacklose Plakate

Pro Infirmis hat am 16. November 2009 auf seiner Homepage eine Protest-Aktion zuhänden von Bundesrat Didier Burkhalter in der Angelegenheit der BSV-Werbekampagne aufgeschaltet ([www.proinfirmis.ch](http://www.proinfirmis.ch)).

## Rechte behinderter Flugpassagiere

Flugpassagiere mit einer Behinderung erhalten mehr Rechte. Ab Anfang November gelten für sie die gleichen Zugangs- und Reisebedingungen wie für alle anderen Fluggäste; ab dann gilt die einschlägige Verordnung der EU auch in der Schweiz. Insbesondere haben Menschen mit Behinderungen neu zusätzlich Anspruch auf unentgeltliche Hilfeleistung in den Flughäfen und an Bord der Luftfahrzeuge.

## Sonova übernimmt Advanced Bionics

Der Schweizer Hörgeräte-Hersteller Sonova will für gut 500 Millionen Franken den amerikanischen Produzenten von Innenohr-Prothesen Advances Bionics übernehmen. Die Nummer zwei im jährlich 700-800 Millionen Dollar grossen Markt für Cochlea-Implantate soll ein eigenständiger Unternehmensbereich werden. Der Preis entspricht dem Vierfachen des Umsatzes von Advanced Bionics.

Nur vier Kantone (Aargau, Appenzell-Innerrhoden, Tessin, Waadt) benutzen noch ältere Richtlinien. Doch die den Kantonen gewährte Freiheit führt gemäss Studie dazu, dass die Ausrichtung der Zulagen „wenig verbindlich erfolgt“.

## Auf dem richtigen Weg

Selbst dort, wo grundsätzlich objektive Kriterien erfüllt sind, werden die Beiträge nicht immer korrekt ausbezahlt. Dies ist insbesondere bei den Einkommensfreibeträgen der Fall, die in Abhängigkeit von Beschäftigungsumfang und Lohnhöhe festgelegt werden.

SKOS-Präsident Walter Schmid beschönigt die Studie nicht. Sie zeige ehrlich die Realität auf. Das Ergebnis hat ihn daher nicht überrascht. Mit der Einführung von Integrationszulagen habe man vor ein paar Jahren Neuland betreten, sagt er. Es bedürfe einer gewissen Zeit, bis sich die Praxis etabliert habe. Schmid zeigt sich nach wie vor überzeugt, dass man mit den Anreizen den richtigen Weg eingeschlagen habe. Es wäre zu früh, bereits davon abzukommen, warnt er. Als Problem zeige sich aber, dass die Kantone aus Kostengründen die neuen Instrumente teilweise nur „halbherzig“ einsetzen. Die Studie belege auch, dass es in der Sozialhilfe kein Patentrezept gebe. Mit Anreizen allein werde man die Schwierigkeiten in der Fürsorge nicht bewältigen.

## Weg zurück in die Arbeitswelt

Text: Der Bund vom 18. August 2009

Die Invalidenversicherung (IV) zahlt nicht nur Renten. Sie finanziert auch Eingliederungsmassnahmen, zum Beispiel für Kinder und Jugendliche mit kleineren oder grösseren Geburtsgebrechen. Im Jahr 2007 wurden an über 100'000 Personen solche medizinischen Massnahmen mit durchschnittlich 6000 Franken bezahlt. Im Alter von 15 Jahren, so ergab eine interne Studie, hat ungefähr ein Viertel aller Kinder wegen eines Geburtsgebrechens eine medizinische IV-Leistung beansprucht.

Die Invalidenversicherung bemüht sich vor allem um die berufliche Eingliederung. So deckt sie alle zusätzlichen beruflichen Kosten ab, die wegen Invalidität entstehen. 2007 hat die IV 16'000 Personen mit durch-

schnittlich 24'000 Franken bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung oder Umschulung unterstützt. Dazu gehörten auch Berufsberatung und Arbeitsvermittlung. Mit der 5. IV-Revision wurden Früherfassung und Frühintervention verstärkt, um Menschen mit Behinderungen möglichst am Arbeitsplatz halten zu können.

Der beruflichen Eingliederung dienen auch die Hilfsmittel, die jährlich an 70'000 Personen abgegeben werden. Am häufigsten sind dies Hörgeräte, doch zum Angebot der IV gehören auch Schuheinlagen, Treppenfahrstühle, Prothesen, Sprechhilfegeräte (nach Kehlkopfoperationen), Blindenhunde, elektronische Kommunikationsgeräte oder Perücken.

2007 bezogen 294'000 Personen eine IV-Rente (davon 42'000 im Ausland) und 217'000 beanspruchten eine individuelle Eingliederungsmassnahme. Der Aufwand für die Renten belief sich auf 458 Millionen Franken, für die individuellen Massnahmen waren es 1,6 Milliarden.

## Lehrstellensituation und Jugendarbeitslosigkeit im Kanton Zürich rufen nach Engagement aller Beteiligten

Text: Walter Bernet in NZZ vom 4. November 2009

Noch zeigt sich der Lehrstellenmarkt im Kanton Zürich krisenresistent. Damit es so bleibt, hat die zweite Konferenz Berufsbildung zuhänden von Politik und Wirtschaft vier Verbesserungsvorschläge verabschiedet.

Noch nie sind im Kanton Zürich so viele Lehrstellen angeboten worden wie in diesem Jahr. Fast 10 Prozent liegt die Zahl der gemeldeten Plätze über der des Vorjahres. Dies hält der erste Lehrstellenbericht des Kantons Zürich fest. Er fasst Zahlen und Fakten zur Lehrstellensituation und zur Jugendarbeitslosigkeit zusammen und sagt, wo der Hebel für Verbesserungen anzusetzen wäre. So stellt er etwa die Freiwilligkeit einer weiterführenden Ausbildung nach der obligatorischen Schulzeit in Frage.

## Mehr arbeitslose Jugendliche

Der Bericht hat am 3. November 2009 der zum zweiten Mal einberufenen Konferenz